



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 11.11.2015

Niederschrift

53. Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 05.11.2015

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Karlheinz Müller

Ausschussmitglied

Herr Heiko Handschuh

Herr Karl-Heinz Jung

Herr Martin Kleine

Herr Oliver Schröbel

Stellvertretendes Mitglied

Herr Gerhard Dubrau

Vertreter für Dr. Jens Zimmermann

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Erster Stadtrat Diethard Kerkau

Magistrat

Frau Stadträtin Renate Filip

Herr Stadtrat Alois Macht

Frau Stadträtin Ursula Münch

Herr Stadtrat Reinhold Ritter

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Dahrendorf

Schriftführer

Herr Harald Brust

Verwaltung

Frau Christine Claar

Herr Ingo Huber

Nicht anwesend:

Ausschussmitglied

Herr Norbert Knöll

Herr Klaus Scheuermann

Herr Dr. Jens Zimmermann

Entschuldigt, keine Vertretung

Entschuldigt, keine Vertretung

Entschuldigt, Stellvertreter: Herr Gerhard
Dubrau

Beginn der Sitzung:

20:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:40 Uhr

Tagesordnung:

53. Haupt- und Finanzausschusssitzung am 05.11.2015

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Einwendungen gegen die Niederschrift vom 24.09.2015
3. Zweiter Budgetbericht 2015 der Stadt Groß-Umstadt
4. Beratung der Tagesordnung der 39. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 12.11.2015 im Rittersaal des Pfälzer Schlosses
5. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden / des Magistrats
6. Anregungen und Mitteilungen

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Müller eröffnet die 53. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Herrn Bürgermeister Joachim Ruppert, die Vertreter des Magistrates, den Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Dahrendorf und die Vertreter der Verwaltung, Frau Claar und Herrn Huber.

Auf Wunsch von Herrn Bürgermeister Ruppert, wird die Tagesordnung wie folgt geändert. TOP 3 - Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden / des Magistrates – wird zu TOP 5, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden entsprechend zu TOP 3 und 4.

Zu TOP 2 Einwendungen gegen die Niederschrift vom 24.09.2015

Gegen das Protokoll der 52. Sitzung vom 24.09.2015 liegen keine Einwendungen vor. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Zu TOP 3 Zweiter Budgetbericht 2015 der Stadt Groß-Umstadt

Zu TOP 3 Zweiter Budgetbericht 2015 der Stadt Groß-Umstadt

Bürgermeister Ruppert benennt einige wesentliche Punkte des zweiten Budgetberichtes 2015. So z.B. die Änderung in Folge der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst, die sich auch schon in 2015 auswirkt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Karl-Heinz Jung zum Zuschuss an den UMG für den Gruberhof erläutert BGM Ruppert, dass der UMG auch nach der Übernahme der Verantwortung für den Gruberhof die Kosten nicht alleine stemmen kann und deshalb die Bezuschussung vereinbart wurde. Der Stadt entstehen also keine eigenen Unterhaltungskosten mehr, außerdem werden die Hausmeisterkosten einge-

spart, auf der anderen Seite sind die vereinbarten Zuschusskosten an den UMG zu leisten.

Ausschussmitglied Karl-Heinz Jung spricht den Ausfall der geplanten Einmalzahlung für den Windpark Binselberg in Höhe von 150.000 € an. Bürgermeister Ruppert erläutert, dass daran auch durch die Vorsprache beim zuständigen Ministerium nichts zu ändern war und die Einmalzahlung deshalb auch im NHH nicht mehr eingestellt ist.

Ausschussmitglied Heiko Handschuh weist hierzu daraufhin, dass auf Grund einer neuen höchstrichterlichen Entscheidung nun eine Einzel fallprüfung möglich ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird der Budgetbericht wie vorgelegt zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4 **Beratung der Tagesordnung der 39. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 12.11.2015 im Rittersaal des Pfälzer Schlosses**

Es werden die Punkte **3, 5, 6 und 7** der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung beraten.

Top 3 – Einbringung Nachtragshaushalt 2016

Herr Bürgermeister Ruppert erläutert, dass ein Nachtragshaushalt notwendig wurde, u.a. wegen der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst und der damit verbundenen Änderung bei den Personalkosten, dem Ausfall der Einmalzahlung „Windpark Binselberg“, der Änderungen auf Grund des neuen kommunalen Finanzausgleichs und auch um die Straßenbeitragssatzung zu heilen.

Außerdem bestätigt der NHH die beabsichtigte Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 550 v.H. (2015) auf 530 v.H. (2016).

Der Nachtragshaushalt wird in der Stadtverordnetensitzung am 12.11.2015 eingebracht

TOP 5 – Nachwahl in städtischen Gremien; hier: Nachrücker für die Stadtmarketingkommission

Ausschussmitglied Karl-Heinz Jung teilt mit, dass für den verstorbenen Stadtverordneten Christian Flöter Herr Joachim Kühn in die Kommission für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung nachgewählt werden soll.

Top 6 – Erlass einer Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen in Unterkünften der Stadt Groß-Umstadt (Obdachlosensatzung)

Bürgermeister Ruppert erläutert die Notwendigkeit der vorgelegten Obdachlosensatzung. Ergänzend trägt Frau Claar die hauptsächlichen Beweggründe vor, die dazu geführt haben, die Initiative zum Erlass der Obdachlosensatzung zu ergreifen. In der täglichen Praxis hat sich gezeigt, dass für den Bereich der Obdachlosenunterkünfte eine verbindliche Handlungsgrundlage fehlt, die es den betroffenen städtischen Fachbereichen ermöglicht, ggfs. auch kurzfristig notwendige Maßnahmen zu ergreifen und auch Nutzungsentgelte erheben zu können. Die nun vorgelegte Satzung schafft diese, für die tägliche Praxis dringend notwendige Basis.

Ausschussmitglied Heiko Handschuh fragt nach der Umsetzung der in der Satzung beinhalteten Kostenregelungen. Die betroffene Klientel wird auf Grund seiner finanziellen Lage oftmals nicht zahlen können. Eine Umsetzung der beschriebenen Beitreibungsverfahren verursacht andererseits auch wieder Kosten. Wie wird hier eine Abwägung getroffen?

Bürgermeister Ruppert antwortet, dass es auch hier darum geht, für den Fall der Fälle eine bisher nicht vorhandene, verbindliche Handhabe zu haben.

Ausschussmitglied Heiko Handschuh fragt nach der aktuellen Anzahl der Personen die in städtischem Obdach untergebracht sind und nach der durchschnittlichen Verweildauer.

Frau Claar erläutert, dass aktuell 14 Personen untergebracht sind und dass weitere Räumungen / Einweisungen anstehen. Eine Einweisung erfolgt für 3 Monate. Wenn sich die Situation nach Ablauf dieser 3 Monate nicht geändert hat, wird erneut eingewiesen. Das führt in einigen Fällen zum „Dauerobdach“.

In diesem Zusammenhang bietet Frau Claar den Ausschussmitgliedern an, bei der nächsten Räumung vor Ort dabei zu sein.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Karl-Heinz Jung erklärt Herr Bürgermeister Ruppert, dass eine soziale Betreuung der obdachlosen Personen eigentlich keine städtische Aufgabe ist. Teilweise gibt es dennoch Angebote, z.B. werden obdachlose Frauen, die in ein städtisches Obdach eingewiesen werden, vom Verein Horizonte begleitet, was von der Stadt finanziell unterstützt wird.

Zu § 4 Ziffer 7 erläutert Frau Claar, dass diese Regelung für den Fall zutrifft, wenn eine Person eine Mietwohnung räumen musste, aber alle Obdachlosenunterkünfte belegt sind. Dann wird die betroffene Person in die bisher genutzte Mietwohnung als Obdach eingewiesen, was zu dem 20 %tigen Aufschlag führt.

Erörtert wird außerdem der § 2 Ziffer 4, hier die Frist von „2 Nächten“. Nach kurzer Diskussion wird mehrheitlich die Auffassung vertreten, den Passus unverändert in der Satzung zu belassen.

Ausschussmitglied Heiko Handschuh fragt weiterhin nach Sinn und Zweck der Regelung zum Besuchsrecht in §7 Ziffer 4 Satz 2.

Frau Claar erläutert, dass damit die vorhandene Problematik des „Dauerbesuchs“ verhindert werden soll. Nach eingehender Diskussion wird zu diesem Punkt folgender **Beschluss** gefasst:

In § 7 Ziffer 4 der vorgelegten Obdachlosensatzung wird der Satz 2 – „Besucher in der Zeit von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr müssen der örtlichen Ordnungsbehörde mindestens zwei Tage vor deren Besuch mitgeteilt werden“ – ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen

Angesprochen wird das Gebührenverzeichnis zur Obdachlosensatzung. Zum besseren Verständnis wird zu diesem Punkt folgender **Beschluss** gefasst:

Die Formulierung zur Benutzungsgebühr wird wie folgt ergänzt:

Die Benutzungsgebühr gem. § 4 beträgt 3,00 EUR pro qm zugewiesener Wohnfläche und Monat.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Die Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen in Unterkünften der Stadt Groß-Umstadt wird in der vorliegenden Fassung, mit den empfohlenen Änderungen zu §7 Ziffer 4 (Satz 2 ersatzlos streichen) und zum Gebührenverzeichnis (Ergänzung „und Monat“) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen

TOP 7 – Antrag der BVG Fraktion an den Magistrat zum Start einer Initiative für die Reduzierung des Gebrauchs von Plastiktüten in Groß-Umstadt

Ausschussmitglied Heiko Handschuh berichtet von der Beratung des Antrags im Ausschuss für Stadtplanung, Bauen, Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Forsten.

Hier wurde von der Fraktion Bündnis 90/ Grüne ein **Ergänzungsantrag „Start einer Initiative für die Reduzierung des Gebrauchs von Plastiktüten in Groß-Umstadt“** zum Antrag der BVG Fraktion vorgelegt.

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Antrag der BVG Fraktion an den Magistrat **und** der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 /Grüne zum Start einer Initiative für die Reduzierung des Gebrauchs von Plastiktüten in Groß-Umstadt werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12.11.2015:

Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Antrag der SPD Fraktion vom 17.09.2015 zum Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in Groß-Umstadt wird auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am Donnerstag, 12.11.2015 zusätzlich mit aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen

Zu TOP 5 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden / des Magistrats

Seiten des Ausschussvorsitzenden Karlheinz Müller liegen keine Mitteilungen vor.

Herr Bürgermeister Ruppert geht in seinen Mitteilungen auf den Fragenkatalog des verstorbenen Stadtverordneten Christian Flöter zur Verwaltungsstrukturreform ein und gibt anhand einer Power Point Präsentation (PPP) Erläuterungen zum aktuellen Sachstand und zum Zeitplan.

Entsprechende Unterlagen wird Bürgermeister Ruppert an die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses aushändigen, nachdem er die städtischen Mitarbeiter in einer Mitarbeiterversammlung unterrichtet hat.

Bürgermeister Ruppert erklärt, dass die Konsolidierungsbemühungen nicht alleiniger Anlass waren, dieses Thema anzugehen. Es sei unabhängig davon beabsichtigt gewesen und auch notwendig, Abläufe zu untersuchen, zu verbessern und an neue Entwicklungen, wie z.B. die Doppik, anzupassen.

Im Rahmen der PPP geht Herr Ruppert auf die aktuelle Organisation mit jetzt 7 Fachbereichen (inkl. Regiebetrieb) ein, auf die Projektorganisation für die laufende Verwaltungsstrukturreform, auf die notwendigen Geschäftsprozessanalysen, die mit unterschiedlichen Methoden angegangen werden, auf die beabsichtigte Stärkung der strategischen Verantwortung auf Leitungsebene und den Zeitplan, mit der Möglichkeit auch nach der beabsichtigten Umsetzung Ende 2017 noch Feinjustierungen vornehmen zu können und anstehende personelle Änderungen nutzen zu können.

Er erläutert dass es auch jetzt schon Detailuntersuchungen und kurz-

fristige Änderungen gibt und gegeben hat.

Ausschussmitglied Martin Kleine fragt nach den Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform auf die Darstellungen im städtischen Haushalt und wann diese sichtbar werden.

Bürgermeister Ruppert erklärt, dies werde immer begleitend zum Prozess passieren, wobei man die produktbezogene Sicht nicht verlieren dürfe.

Ausschussmitglied Karl-Heinz Jung bedankt sich für die Ausführungen des Bürgermeisters.

Zu TOP 6 Anregungen und Mitteilungen

Ausschussmitglied Karl-Heinz Jung spricht den Leserbrief zur Verkehrssituation an der Baustelle im Kappesgärtenweg an. Bürgermeister Ruppert berichtet, dass die zuständigen Kollegen versuchen, die Beeinträchtigungen für die Verkehrsteilnehmer so gering wie möglich zu halten, dass sich solche Baustellen aber auch schwerlich ohne Behinderung für die Verkehrsteilnehmer planen und durchführen lassen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Ausschussvorsitzender Karlheinz Müller die Sitzung um 21:40 Uhr.

Karlheinz Müller
Ausschussvorsitzender

Harald Brust
Schriftführer